

Antirassistische Kämpfe und politischer Wandel in der postmigrantischen Gesellschaft. Eine Bestandsaufnahme mit Max Czollek, Tahir Della und Naika Foroutan

Gekürzte Version des Transkriptes der Online-Podiumsdiskussion, die am 30.06.2020 an der Freien Universität Berlin stattfand.¹ Gesprächsteilnehmer*innen waren Max Czollek, Publizist und Lyriker, Tahir Della, Pressesprecher der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland, und Naika Foroutan, Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der HU Berlin und Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung.

Der Mord an George Floyd durch einen Polizisten in den USA hat in den vergangenen Wochen tausende Menschen auf der ganzen Welt aufgebracht und eine intensive gesellschaftliche Debatte über Rassismus und Polizeigewalt ausgelöst. Auch in Deutschland sind viele Menschen auf die Straße gegangen. Tahir Della, was treibt nach Ihrer Einschätzung diese Protestbewegung in Deutschland an? Wie bewerten Sie, dass es nun gerade vor dem Hintergrund dieses Falles zu Protesten kam?

Tahir Della: Diese Frage wurde mir in den letzten Wochen sehr oft gestellt. Über uns [Initiative Schwarze Menschen in Deutschland] ist in den letzten zwei Wochen eine Flut an Medienanfragen hereingebrochen, die ich so nicht erwartet hätte, weil der Fall an sich ja kein neuer war. Wir haben in der Vergangenheit reihenweise solcher Fälle gehabt, nicht bloß in den USA, sondern auch hier in Deutschland. Also der Tod von Schwarzen Menschen, People of Color, durch Polizeigewalt. Gewiss war dieses Video in seiner Widerlichkeit kaum zu übertreffen, und hat nochmal gezeigt, was vor unseren Augen eigentlich stattfindet. Um ehrlich zu sein, ich habe keine vernünftige Antwort auf die Frage, was diese globalen Proteste losgetreten hat. Ich kann mir vorstellen, dass in einigen Ländern einiges zusammenkam, vor allem in den USA, aber auch weltweit. Menschen haben gesagt: Das findet schon länger statt, das ist kein neues Problem, die Verhältnisse sind zwar nicht deckungsgleich, aber es gibt sehr viele Parallelen. Und vor allem der Umgang mit institutionellem Rassismus in behördlichen und staatlichen Strukturen ähnelt sich in den unterschiedlichen Kontexten sehr. Das heißt: Menschen kommen zu Tode, und es hat keine Konsequenzen für diejenigen, die diesen Tod verursacht haben. Dieses Nichtbesprechen, dieses Nichtverhandeln von institutionellem Rassismus ist weltweit zu beobachten.

1 Wir bedanken uns herzlich bei Simon Clemens und Simin Jawabreh für ihre Unterstützung bei der Durchführung der Veranstaltung und bei Teresa Otten Dionísio für die Transkription.

Der institutionelle Rassismus führt nach wie vor zu einer Spaltung, zu einer Verdrängung von Menschen, zu einem Ausschluss von Menschen. Und das findet natürlich auch bei uns statt. Ich glaube in der Summe zu sehen, dass Menschen sagen: Uns fallen eine ganze Menge Themen auf die Füße, die wir bisher nicht adressiert haben. Wir haben uns nicht wirklich damit beschäftigt, wie tief sitzend Rassismus in den Gesellschaften verankert ist, welche Wirkungen er hat, und wie wenig wir eigentlich wirklich bisher von dem Thema besprochen haben. Das heißt wir kümmern uns lieber um das rechte Spektrum, zum Beispiel um Nazis, um die AfD und ähnliche Gruppierungen. Hier tun wir uns sehr leicht, diese als rassistisch einzuordnen. Aber über das tatsächlich tiefreichende gesellschaftliche Problem haben wir uns bislang kaum einen Kopf gemacht. Und ich glaube, genau das hat ganz viele Menschen auf die Straße gebracht. Auf den Kundgebungen waren das ja überwiegend sehr viele junge Menschen, junge Erwachsene, die, ähnlich wie bei der Klimabewegung, gesagt haben: Leute, ihr habt in den letzten 10, 20, 30 Jahren offensichtlich ganz viele Sachen an die Wand gefahren oder nicht besprochen, oder nicht verhandelt, und die fallen uns aktuell auf die Füße. Gelinde gesagt: Wir haben die Faxen dicke. Wir wollen jetzt eine Veränderung. Es gilt abzuwarten, wie sich das verstetigt und in politische Forderungen übersetzen lässt. Aber das war so ein bewegender Moment, ein Moment, wo klar wurde, dass ganz viele Menschen nicht bloß vorübergehend empathisch sind wegen dieses Videos, sondern ganz grundsätzlich Fragen stellen, die beantwortet werden müssen.

Frau Foroutan, was denken Sie, welche Chancen birgt es, dass aktuell so viele Menschen bereit sind, über Rassismus zu sprechen?

Naika Foroutan: Ich würde gerne an den Punkt, den Tahir Della gerade adressiert hat, anschließen, und auch nochmal auf die Potenzialanalyse eingehen. Man muss das als spezifischen Moment fassen, dass so viele junge Menschen sich in den letzten Jahren deutlicher politisiert haben, und im Grunde genommen mit einer zunehmenden Ungeduld und fast auch schon Unbeugsamkeit politische Missstände adressieren – und das auch immer mit dieser Dringlichkeit, dass es nicht mehr zu verschieben geht. Fragen von Rassismus berühren oft auch Fragen von Klimagerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit – und diese sind über die letzten Jahrzehnte immer wieder in Wellen von unterschiedlichen Akteur*innen adressiert worden. Lange hat man sich hier durch den Verweis auf andere Länder und andere Regionen gemächlich zurückgelehnt und gesagt: Bei uns ist doch alles gut. Hier haben wir solche Fragen wie Geschlechtergerechtigkeit schon längst geklärt, schaut doch mal in die islamische Welt. Oder in Bezug auf Klimagerechtigkeit, da gibt es immer auch diese Punkte, wo man sagte: Vergleicht man Deutschland mit anderen emissionsstarken Ländern, zeigt sich, dass wir sehr vieles gut machen. Schaut mal, wie früh wir hier schon die Mülltrennung hatten. Also ich polemisiere das jetzt ein bisschen. Ich will aber darauf hinaus, zu sagen, dass sich in den letzten Jahren so ein bräsiger Duktus eingestellt hat und dass das

von Jugendlichen massiv mit einem »So geht es nicht mehr weiter!« beantwortet wird.

Und vor allen Dingen kam es zu Verschränkungen, zu Allianzen in Bezug auf ganz unterschiedliche Felder. Zum Beispiel wird jetzt die Klimafrage mit der Antirassismusfrage und der Geschlechterfrage verzahnt. Ich sehe darin aber auch tatsächlich einen Moment, der uns allen verdeutlicht, dass wir vor einem fundamentalen Wandel des Politikverständnisses stehen, vor einer Anerkennung von »Verwobenheiten«. Kein Mensch würde heute mehr ignorieren, dass unser Lebensstil im globalen Norden Folgen für andere Regionen der Welt hat und dies dann wiederum direkt zurückfeuern kann. Man kann das nicht mehr wegtun, weil es vermeintlich zu weit weg ist, was in anderen Ländern passiert. Dieser Wandel im Politikverständnis muss aber auch mit dem, was Tahir Della gesagt hat, einhergehen. Es darf nicht nur ein kognitives Einsehen bleiben – es muss sich auch in politischem Handeln manifestieren. Wahrscheinlich haben wir uns alle zu sehr damit abgekämpft – auch diejenigen von uns, die wissenschaftlich, aktivistisch gearbeitet haben – auf Brennpunkte zu zeigen: Rechtsextremismus, antimuslimischen Rassismus, Antisemitismus. Aber wir haben zu wenig gezeigt, dass das ein gesellschaftsstrukturierendes Problem ist, das sehr viel mehr Leute betrifft. Und das haben die Klimaaktivist*innen am deutlichsten hervorgebracht. Jede*r von uns ist selbst verwoben in die Fragen von Klimakrise oder Klimagerechtigkeit. Und diesen Gedanken müssen wir auch in die Antirassismusbearbeitung übertragen.

In der aktuellen Bewegung engagieren sich nicht nur Schwarze, nicht nur migrantisch gelesene Personen, also Menschen, die von Rassismus betroffen sind, sondern auch Nichtbetroffene, die den Rassismus und die rassistischen Strukturen nicht mehr akzeptieren wollen. Wie bewerten Sie diese neue Konstellation auch mit Blick auf Ihre Analysen zur Polarisierung der Gesellschaft?

Naika Foroutan: Viele von uns sind tatsächlich schon lange in diesem Feld aktiv. Und wir können uns an unterschiedliche Claims über die Zeit erinnern. Ich persönlich kann mich zum Beispiel an erste Entwicklungen erinnern, wo innerhalb der Arbeiter*innenbewegung eine antirassistische Position eingenommen wurde. Der Claim war: »Mach' meinen Kumpel nicht an!« Das war ein sehr starkes Zeichen damals. Immer wieder hat es solche Momente gegeben, in denen man sich solidarisch zu einer anderen Gruppe gezeigt hat. Die im Grunde genommen binäre Konstellation ist jedoch erhalten geblieben. Man hat sich vor jemanden gestellt, jemanden geschützt, mit starken Schultern – was ja an sich erstmal ein politischer Akt ist, den man begrüßen kann. Die Zeiten haben sich aber verändert. Wenn man jetzt weiter auf die jüngeren Gruppen schaut, ist es nicht mehr dieser paternalistische Habitus – ich stelle mich vor dich –, durch den immer auch eine Position der bzw. des Mächtigeren gegenüber einer oder einem Schwächeren einhergeht. Wie gesagt, ich will das gar nicht kritisieren. Ich will sagen, jede politische Position, die antirassistisch ist, hat zunächst eine Berechtigung, aber sie

emanzipiert sich natürlich über die Zeit. Innerhalb der jüngeren Gruppierungen können wir deutlicher sehen, dass eine Allianz von gleich zu gleich entsteht. Diese Jugendlichen sehen sich nicht als Schutzmächte von marginalisierten Gruppen, sondern betrachten sie als ihre Partner*innen, Freund*innen, Klassenkamerad*innen.

In der Debatte um Rassismus in Europa und Deutschland geht es nicht nur um Polizeigewalt. Es geht auch um gesellschaftliche Ungleichheit, und diese zeigt sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen. In Deutschland wird oft über ungleiche Bildungschancen gesprochen. Aber auch über ungleiche Chancen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Hinzu kommen die notorischen Nachfragen: »Wo kommst du her?« und so weiter. Immer wieder entlädt sich der Rassismus in massiver Gewalt, wie die rechtsterroristischen Ereignisse der letzten Jahre gezeigt haben. Gleichzeitig sterben an Europas Außengrenzen, etwa im Mittelmeer, täglich Menschen oder werden jahrelang in Lagern festgehalten. Entsprechend titelt die Initiative »Migrantifa«: »Von Moria bis Hanau – kein Vergeben, kein Vergessen«. Müssen wir also all diese Dinge, den Rechtsterrorismus, die Migrationspolitik Europas, den Alltagsrassismus usw. zusammendenken und nach den Zusammenhängen suchen, oder sind das Sachen, die man einzeln betrachten und analysieren muss?

Max Czollek: Um auf diese Frage antworten zu können, möchte ich noch einmal kurz auf ein paar Aporien zu sprechen kommen, die den »neuen« Aktivismus, den Naika Foroutan gerade starkgemacht hat, begleiten. Dies betrifft etwa den Unterschied zwischen nationalem Innen- und nationalem Außenraum. Das ist etwas, was tatsächlich durch Corona nochmal eine stärkere Rolle spielt, weil die nationalen Grenzen zugleich geschlossen und nationale »Care-Frames« starkgemacht wurden. Nämlich: Gott, wie kümmern wir uns gut um uns selbst. Das ging bis zum Bundespräsidenten, der in Bezug auf die Coronamaßnahmen gesagt hat: »Sie alle haben Leben gerettet.« Dieser Satz ist ja nur die halbe Wahrheit. Die andere ist: Wir alle haben auch Leute verrecken lassen. Diese Kompliz*innenschaft derjenigen, die einen deutschen Pass besitzen, verweist auf einen nationalen Frame, ein nationales Regime, das nicht nur während einer Pandemie die einen überleben und die anderen sterben lässt. Und dieses Sterbenlassen geschieht zeitgleich mit den Solidarisierungsprozessen, die jetzt gerade in Bezug auf Black Lives Matter stattfinden. Das scheint mir ein offener Punkt zu sein, den die Antidiskriminierungsarbeit adressieren müsste. Und dabei balanciert man dann eben permanent zwischen dem Versuch, sich selber als weniger schlimm zu imaginieren, also als eine Gruppe, die sagt »Wir wollen etwas Besseres als das, was ist«. Aber gleichzeitig nicht zu sagen: »Wir sind auch besser als alle anderen«. Das ist die Spannung, die entsteht.

In Bezug auf die deutsche Gegenwart bezieht sich diese Spannung auch auf die Frage: Sind wir andere geworden in Bezug auf unsere eigene Geschichte? Ist also die deutsche Gesellschaft keine Nazi-Kontinuitätsgesellschaft mehr? Und

weil viele diese Frage offenbar unbedingt mit Ja beantworten möchten, spricht man bei Anschlägen wie dem von Halle oder Hanau, aber auch dem NSU oder der neonazistischen Gewalt in den 1990er Jahren von Einzeltätern. Ist doch bemerkenswert, dass es dieser Gesellschaft augenscheinlich leichter fällt, sich bei einer internationalen Bewegung wie Black Lives Matter zu solidarisieren als bei deutschen Ereignissen. Ich habe es in meinem Freund*innenkreis erlebt: Black Lives Matter hat eine Riesendiskussion über Rassismus ausgelöst, die in Bezug auf Halle oder Hanau noch nicht geführt wurde. Könnte es sein, dass es uns leichter fällt, über strukturellen Rassismus zu reden, wenn er in den USA passiert, als über deutsche Kontinuitäten und Abgründe? Mich beschäftigt diese Spannung, auch weil ich das Gefühl habe, dass hier eine Frage von Identifikation und Entkopplung stattfindet, die etwas mit einem post-nationalsozialistischen Selbstbild zu tun hat, in dem man sich mit den eigenen Rechten immer nur als die Anderen beschäftigt, die nichts mit einem selber zu tun haben. Also nicht zu fragen, was hat die AfD mit uns zu tun? Wie konnte das passieren, dass nach Jahrzehnten Erinnerungskultur plötzlich ein Achtel der Wähler*innen für die AfD stimmten? Was bedeutet das für ein deutsches Selbstbild, die Normalisierung von Nationalsymbolen, den Wiederaufbau von Stadtschlössern? usw.

Naika Foroutan: Ich würde gerne auf den Punkt reagieren und die Frage stellen, ob Emanzipation, Black Lives Matter und die Form, wie sich das mobilisiert hat, ausschließlich mit George Floyd und den USA zusammenhängt, wie Max Czollek das gerade gesagt hat, oder ob das nicht auch eine späte Reaktion auf Hanau ist. Hanau und die ganzen Debatten darum sind ja in vollem Lauf abgebremst worden durch Corona. Wir befanden uns mitten in einer zentralen Debatte um Rassismus in Deutschland. Wir erinnern uns, dass die Kanzlerin diesen Spruch gesagt hat: »Rassismus vergiftet Deutschland«. Selbst Innenminister Seehofer hat sich dazu eindeutig positioniert mit dem Hinweis: »Das größte Problem, dass es hier gibt, ist der Anstieg rechtsextremer Positionen sogar bis in die Mitte der Gesellschaft hinein«. Und wir waren und sind mittendrin in der Diskussion darüber, dass es ein Rassismus- bzw. Antirassismus-Kabinett in der Bundesregierung geben soll. Das alles stand zur Diskussion als plötzlich Mitte März, wenige Wochen nach Hanau, all diese politischen Prozesse durch die Corona-Pandemie gestoppt wurden. Unter anderem auch die Klimafrage.

Sehr viele Menschen haben dieses Unbehagen gespürt nach den ersten Wochen des Sich-Einrichtens in dieser neuen Situation. Sehr bald kamen Aufrufe, diese politischen Themen nicht zu vergessen und nicht von Corona überdecken zu lassen. Gleichzeitig haben wir viele neue Debatten geführt, zum Beispiel über die Frage von prekärer Lohnarbeit, die Frage von systemrelevanten Berufen und die Erkenntnis, dass sehr viele vulnerable Gruppen durch ihre Arbeit das politische System und die Volkswirtschaft stützen, vor allem Frauen und viele Migrant*innen, die überproportional in systemrelevanten Berufen vertreten sind. Das heißt, interessanterweise hat sich dieser erste Moment von »Corona deckt alles zu« irgendwann transformiert – in einen Moment von »Corona wirkt wie ein Brennglas«, das soziale Probleme noch mal schärfer in den Fokus rückt. Und in diesem

Moment kam es zu dem Fall George Floyd in den USA. Man kann fast sagen, dass das die gesamte angesammelte und aufgestaute Wucht aufgenommen hat. Deshalb sehe ich nicht, dass Hanau unabhängig von Black Lives Matter funktioniert, sondern ich sehe eine direkte Genealogie darin und glaube, dass es sich bei diesen Protesten auch um angestaute Frustrationen handelt.

Tahir Della: Das würde ich auch so sehen. Ich glaube auch, dass tatsächlich jetzt die Chance besteht, dass sich dieser Protest in einer politischen Bewegung und in politischen Forderungen verstetigt. Das war längst überfällig. Aber trotzdem sehe ich noch das Problem, dass wir die Dinge zusammen denken und diskutieren müssen, was wir tatsächlich ja nicht tun. Gucken wir zum Beispiel auf die Willkommenskultur: eine ganz massive Solidaritätsbewegung, bei der Menschen gesagt haben, »wir wollen uns solidarisch zeigen, wir wollen den Menschen helfen«. Aber da liegt ja schon ein bisschen das Problem, wenn gleichzeitig nicht die Frage gestellt wird, wieso denn die Menschen überhaupt flüchten. Wieso gibt es denn überhaupt Migration und Flucht? Was hat das mit unseren Verhältnissen hier zu tun? Und genau diese Debatten vermeiden wir immer. Also wir reden davon, Fluchtursachen zu bekämpfen. Tatsächlich bekämpfen wir aber Flucht, oder die Menschen, die flüchten, oder die Menschen, die migrieren wollen. Und verbinden das in keiner Weise mit unseren Lebensverhältnissen hier im globalen Norden. Damit klammern wir die Chance aus, uns überhaupt mit diesen Themen umfassend zu beschäftigen. Momentan reagieren wir immer nur auf die Zustände, gehen beispielsweise auf die Straße, aber stellen darauffolgend nicht die Systemfrage. Wir fragen gar nicht, ob das System, die existierenden Strukturen, tragfähig sind für die Zukunft. Ich glaube, die Jugendlichen stellen sich eben diese Frage, oder beantworten sie zum Teil auch schon: »Nein, die Strukturen unserer Gesellschaft sind nicht tragfähig, sie sind nicht tauglich für die Beantwortung der Fragen nach Gerechtigkeit und für die Lösung dieser Probleme.« Ich glaube, dass insgesamt bislang die Bereitschaft fehlt, sich wirklich mit den Strukturen und Institutionen zu beschäftigen.

Der Bundespräsident hat gesagt, es reiche nicht, nicht rassistisch zu sein, sondern wir müssten Antirassist*innen werden. Das stimmt natürlich, da würde ich sofort zustimmen, nur ich frage mich, wen er dabei im Blick hat. Ich glaube, das verengte Verständnis von Rassismus in Deutschland hilft da nicht besonders weiter. Wir fokussieren uns immer noch auf das rechte Spektrum. Da tun wir uns sehr leicht. Wir tun uns auch sehr leicht, wenn wir das individuell verhandeln, dass es einzelnen Leuten schlecht geht, die Rassismuserfahrungen machen. Aber dass es natürlich ein System ist, das dahintersteckt, wird häufig übersehen. Ich habe in den Medien noch nie so oft das Wort »systemischer Rassismus« gelesen wie jetzt im Zusammenhang mit den USA. Es wäre notwendig anzuerkennen, dass systemischer Rassismus natürlich genauso auch hier ein Problem ist, dass dies zu Ausgrenzung, Ausbeutung und zum Tod von Menschen führt. An dem Punkt sind wir noch nicht angelangt. Aber ich glaube, dass die Menschen jetzt genau das hören wollen, dass eine anhaltende Debatte stattfindet, die auch wirklich die Systeme infrage stellt, die die Probleme verursachen.

Wie bereits angeklingen ist, haben sich 2015/16 im langen Sommer der Migration Tausende in Deutschland in Freiwilligeninitiativen engagiert und somit die sogenannte Willkommenskultur eingeläutet, die auch im Ausland weitläufig rezipiert wurde. Wie bewerten Sie dieses Phänomen? Hat die »Willkommenskultur« etwas grundsätzlich verändert in Deutschland?

Naika Foroutan: Ob es grundsätzlich etwas verändert hat, finde ich sehr schwierig zu bewerten. Aber ich kann zumindest darauf eingehen, dass neulich das Familienministerium versucht hat, ein Resümee zu ziehen und dabei gesagt hat, dass fast jede zweite Person in irgendeiner Form in dieser Zeit seit dem Sommer der Migration ein Engagement mit Bezug zu Willkommenskultur gezeigt hat. Dabei haben sie Spenden, Aufrufe, aktivistische Situationen, Unterstützung, Ehrenamt etc. einbezogen. Das ist schon eine deutlich höhere Zahl, als wir hier am Institut [DeZIM] erhoben hatten. Wir kamen auf ungefähr zehn Prozent, haben allerdings auch, also meine Kollegen Serhat Karakayali und Olaf Kleist, vor allen Dingen ehrenamtliches Engagement einbezogen. In jedem Fall war auch das – zehn Prozent – eine sehr hohe Zahl von Personen, die sich spontan entschieden haben, zu helfen. Überraschend war dabei zu sehen, dass das eben nicht nur die üblichen Verdächtigen waren, wenn man das so sagen will. Also Aktivist*innen, die immer schon in diesen Fragen engagiert waren oder junge Menschen oder Studierende oder vielleicht Menschen, die Zeit und Geld haben, sondern es haben sich darüber hinaus sehr viele Menschen engagiert. Gerade wenn wir auf Bayern blicken und uns die ersten Eintrittsgebiete der Geflüchteten ansehen, zeigt sich, dass eine sehr alte, konservative Bevölkerung plötzlich sehr viele aktive Zeichen des Willkommens gesendet hat. Gleichzeitig wurde darüber hinausweisender Aktivismus massiv kriminalisiert, z.B. die Seenotrettung oder humanitäre Hilfe an den Außengrenzen.

Und das ist diese Ambivalenz, die Max Czollek als Aporie bezeichnet hat. Es gibt große Widersprüche, mit denen wir nicht wissen, wie wir umgehen sollen. Wir haben auf der einen Seite in Bayern ein sehr konservatives Spektrum, das viel geholfen hat, das aber gleichzeitig, wenn wir in Fragen von emanzipativen Strukturen, Feminismus, Antirassismus, LGBT-Offenheit und so weiter reingehen würden, wahrscheinlich sehr viele Positionen vertreten würde, die wir überhaupt nicht teilen. Das scheint sich aber offenbar nicht auszuschließen, konkrete Ad-hoc-Hilfe auf der einen Seite und normative Schließung gegenüber Konzepten einer progressiven Gesellschaftsordnung auf der anderen Seite. Offensichtlich gibt es eine sogenannte Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen, um Ernst Bloch zu zitieren, und das erzeugt immer wieder so etwas wie einen ambivalenten Moment, weil man diese Menschen nicht eindeutig in eine Schublade stecken kann.

Das erzeugt immer mehr Irritationen. Wenn ich mich jetzt für Fridays for Future in irgendeiner Form aktiv engagiere, wie reagiere ich auf den Vorwurf, dass Fridays for Future eine *weiße* Mittelschichtsbewegung ist? Wenn ich mich für Black Lives Matter engagiere, heißt das, ich blende antimuslimischen Rassismus aus? Wenn ich jetzt Antisemitismus-Arbeit mache, heißt das, ich versuche damit, einen Singularitätsanspruch zu erzeugen, der alle anderen Formen von Rassismus

unsichtbar macht? Alle diese Fragen sind legitim und relevant, sie sind teilweise aber auch einfach eine Bremse für politische Prozesse. Ich bin dafür, dass wir jetzt sagen: Dieser Staudamm ist gebrochen und wir machen etwas mit aller Vehemenz, mit Wut, dort wo sie dazugehört, mit Ungeduld, wo sie dazugehört und mit absoluter Subjektivität, da wo es auch dazugehört. Weil eben diese Subjektposition der Rassifizierten erstmalig überhaupt in die Diskursarena vordringt. Natürlich gab es schon immer migrantische Kämpfe und Schwarze antirassistische Akteur*innen – aber ihre Sichtbarkeit hat zugenommen und auch ihre Positionen in zentralen Schaltstellen der Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft usw. Und bei dieser ganzen subjektiven Lesart von sich selbst, die nun geteilt wird, entsteht ein Raum, den man öffentlich einnimmt, um auf die Verletzungen aufmerksam zu machen, auf das Nicht-Erkannte, auf die alltäglichen Diskriminierungen und rassistischen Strukturen.

Das ist tatsächlich auch so etwas wie ein emotionaler Dammbruch. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel Strukturdaten erhoben zu struktureller Diskriminierung, Schließungen, mangelnden Zugängen zum Bildungssystem, zum Arbeitsmarkt etc. Wir haben alle diese Daten auf einer quantitativen Ebene in den letzten zehn Jahren erfasst. Wir haben aber festgestellt, dass offensichtlich nur mit empirischer Erkenntnis kein Politikwandel anzustoßen ist. Es muss also ein affektiver Moment hinzukommen und dieser affektive Moment begegnet uns jetzt gerade.

Max Czollek: Ich würde an dieser Stelle auf eine These von Naika Foroutan zurückkommen, die sie in ihrem Buch zur postmigrantischen Gesellschaft formuliert, nämlich, dass sich gesellschaftliche Debatten gerade zunehmend über Integrationsdebatten artikulieren, und innerhalb dieser Integrationsdebatten zunehmend über die Figur ›der Muslime‹. Die Frage, die sich daran anschließt, ist, welche Konzepte wir eigentlich haben, um diese Trennlinie *nicht* zentral zu setzen? Also um nicht zu sagen, es geht um die Integrierten und die nicht Integrierten – sondern um was eigentlich? Und da ist Foroutans ›Postmigrantische Gesellschaft‹ oder auch das Konzept der »Radikalen Vielfalt« wie meinem Kolleg*innen das seit Jahren im Institut für Social Justice und Radical Diversity entwickeln ein Entwurf, der unterstreicht: Wir leben heute schon in einer anderen Gesellschaft. Das ist erst einmal die Feststellung einer empirischen Tatsache. Darüber hinaus erzeugt diese Perspektive auf die Gesellschaft als postmigrantisch und radikal vielfältig aber auch einen normativen Überschuss, der in einer Forderung nach Anerkennungs- und Umverteilungsgerechtigkeit gipfelt. Also dass tatsächlich ein Umbau von Gesellschaft stattfinden muss, wenn wir den Anspruch der Diskriminierungskritik und der Aktivist*innen auf der Straße wirklich ernst nehmen wollen. Und das bedeutet dann eben auch, dass ein bisschen Symbolpolitik dann nicht mehr ausreicht, sondern dass es tatsächlich um Veränderungen, um Umverteilung und ein anderes Verständnis von Gesellschaft geht. Eine zentrale Frage ist also gerade auch wegen der Chance, von der Tahir Della angesichts aktueller Bewegungen spricht: Mit welchen Konzepten und Forderungen wollen wir da jetzt eigentlich reingehen?

Zum Schluss möchten wir die Frage stellen, wie es weitergehen kann. Max Czollek, Sie haben ein Plädoyer verfasst, dass es auf Desintegration und nicht Integration ankommt. Frau Foroutan, Sie sind Leiterin von einem vom Bund geförderten Forschungszentrum für Integrations- und Migrationsforschung und haben den Begriff der postmigrantischen Gesellschaft mitgeprägt. Tahir Della, Sie setzen sich mit der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland an der Basis für Antirassismus ein. Welche Möglichkeiten und Strategien sehen Sie jeweils in Ihren Positionen für eine progressive gesellschaftliche Entwicklung? Wie könnte man eine solche Entwicklung voranbringen?

Tahir Della: Also was für mich nach den letzten 25 Jahren entscheidend war und immer zentraler wird, ist das Arbeiten in Bündnissen und Netzwerken. Je länger ich in der Schwarzen Community verankert bin und politisch arbeite, desto mehr wird deutlich, dass wir über Grenzen hinaus zusammenarbeiten müssen. Wir müssen sehen, inwieweit es Gruppen in dieser Gesellschaft gibt, die unter ähnlicher Ausgrenzung leiden, die ähnliche Diskriminierungserfahrungen machen – auch wenn sich diese Erfahrungen in manchen Hinsichten von denen Schwarzer Menschen unterscheiden.

Wir hatten dieses Tribunal »NSU-Komplex auflösen« vor einigen Jahren in Köln. Und das war für mich eine klare Blaupause, wie Solidarität aussehen muss. Hier funktionierte die Anerkennung von unterschiedlichen Erfahrungen und gleichen Erfahrungen gleichermaßen, und auf dieser Basis gelang es, zu fragen, inwieweit wir diese Kämpfe, diese Widerständigkeiten zusammenführen müssen. Als jemand, der auch weniger auf die Parteien setzt, weil ich nämlich auch nicht glaube, dass die herrschenden politischen Parteien Antworten für uns haben, glaube ich, wir müssen die Antworten in der Zivilgesellschaft suchen. Wir müssen diese in Bündnissen und Netzwerken suchen, und gucken, inwieweit wir die Gesellschaft von unten verändern können. Ich glaube nicht, dass das System, so wie es existiert, wirklich tauglich ist für eine Veränderung. Wir versuchen immer, es zu modifizieren, und es passieren ja auch Dinge, die erstmal hoffnungsfroh machen – z.B. das neue Antidiskriminierungsgesetz in Berlin ist eine begrüßenswerte Maßnahme. Ich würde auch immer wieder starkmachen, dass diese Maßnahmen notwendig sind. Aber das ist glaube ich nicht alles, was passieren muss. Wir müssen die Gesellschaft an sich infrage stellen, und im Zusammenleben andere Modelle entwickeln. Da gibt es noch einen ganz langen Weg vor uns. Aber ich denke es gibt Ansätze, die zeigen, dass es funktionieren kann. Ich fand es total interessant, dass zum Beispiel nach Hanau aus meiner Sicht zum ersten Mal sofort über Rassismus gesprochen worden ist. Davor hätte man erwarten können, dass über Fremdenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit gesprochen wird, aber dieses Mal wurde sehr schnell in den Medien ganz deutlich über Rassismus gesprochen, weil auch die Betroffenen von Rassismus gesprochen haben. Und ich finde das zeigt, dass es durchaus Einfluss haben kann, wenn die Zivilgesellschaft, wenn die Gesellschaft insgesamt, sich verändert, ohne ständig auf die Parteien oder die Politik zu warten, bis die irgendetwas gebacken bekommen.

Naika Foroutan: Ich halte das im Moment auch für eines der zentralsten Dinge, die vor uns stehen: Die strategischen Allianzen weiter zu verbinden und zu stärken. Es ist natürlich so, dass man dabei auch bestimmte Diskrepanzen ausblenden muss. Nehmen wir mal das Bündnis Unteilbar, das versucht hat, eine strategische Allianz von prekärer Arbeit bis Feminismus und Antirassismus zu schließen und damit auch sehr viele Menschen mobilisieren konnte. Gleichzeitig ist klar, dass man, wenn man reinzoomt, immer wieder Positionen anderer aktivistischen Gruppen finden wird, mit denen man sich nicht zusammenschließen würde. Das ist aber die Frage der Strategie: Möchte man einen Systemwandel, möchte man Druck aufbauen? Dann geht das auch nur über Mobilisierung von Massen und über die Verknüpfung von Gruppen, die zuvor alleine gekämpft haben. Das erzeugt Handlungsmacht. So können wir uns das auch in den Civil Rights Movements in den USA anschauen, die sich zuerst für die Wahlrechte der Schwarzen Bevölkerung einsetzten, sich aber schnell mit Gay Rights und Women's Rights Initiativen zusammengetan haben, und dadurch eine ganz große Handlungsmacht entwickelt haben. Man muss allerdings bei strategischen Formationen immer aufpassen und sich bewusst sein, dass es sehr schnell auch Spaltungen geben kann. Im Moment sehen wir, dass es oft solche Spaltungsmomente um die Antisemitismusfrage gibt. Die Kampagne BDS [Boycott, Divestment and Sanctions] ist möglicherweise derzeit ein sehr großer Spalter, der aber nicht wegdiskutiert werden kann.

Max Czollek: Ich finde die Sachen sehr überzeugend, die Sie jetzt gesagt haben. Ich habe den Eindruck, dass in den letzten Jahren auch der künstlerische Raum, insbesondere Theater, an Relevanz gewonnen hat für gesellschaftliche Debatten, und auch für die Formulierung gesellschaftlicher Visionen. Ich würde daher dafür plädieren, diese Felder ernster zu nehmen. Es ist kein Zufall, dass große gesellschaftspolitische Debatten im Moment mit den Mitteln und in den Räumen der Kunst geführt werden. Egal, wie man zu den jeweiligen Inhalten steht. Die Tatsache, dass Kunst und Kultur in den letzten Jahren eine zentrale Rolle für gesellschaftspolitische Debatten spielen, zeigt sich auch daran, dass auch die AfD aktiv in die Kulturpolitik reingeht und da ganz massiv eine Definanzierung von bestimmten Häusern anstrebt. Das ist doch kein Zufall und hat etwas mit einer Gefahrenwahrnehmung von deren Seite zu tun. Und das kann man ja auch als eine Art Anerkennung verstehen und sagen: Wenn die AfD dir die Finanzierung entziehen möchte, dann bist du auf einem guten Weg. Ich würde also zusammen mit den überzeugenden Statements von Naika Foroutan und Tahir Della noch starkmachen wollen, dass im künstlerisch-kulturellen Bereich die Dinge, die an anderen Stellen noch ausstehen, nicht nur vorgedacht werden, sondern manchmal und für einen kurzen Moment schon Realität sind.

